

kerrechtlich verpflichtet hat, gilt für einen fünfjährigen Zeitraum (2008 bis 2012). Dadurch, dass Österreich zu hohe Tempolimits hat, verursacht der Straßenverkehr laut Bundesregierung in diesem Zeitraum zusätzlich insgesamt zwei Millionen Tonnen CO₂. Österreich muss bei Nichterreichen der Klimaschutzziele – und das ist heute im Jahr 2011 so sicher wie die Tatsache, dass die Sonne im Westen untergeht – Strafe zahlen. Allein die durch die zu hohen Tempolimits verursachten CO₂-Emissionen führen zu Strafzahlungen in der Höhe von 40 bis 50 Mio Euro.

... weniger Lärm

Und auch die Lärmbelastung ist bei Tempo 80 deutlich geringer als bei Tempo 100. Hundert Autos, die 100 km/h fahren, erzeugen so viel Lärm wie 140 Pkw, die 80 km/h fahren.

Also, halten wir fest: Die Herabsetzung der Tempolimits senkt die klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen, verringert die Belastung unserer Luft durch krebserregende Schadstoffe und macht den Verkehr leiser. Und niedrigere Tempolimits retten Menschenleben und verringern die Zahl Schwerverletzter. Obwohl die Politik weiß, wie groß der Schaden ist, folgt sie meist den Wünschen der Bleifuß-Lobbyisten.

Was wollen die meisten wirklich?

Die Verhinderer niedriger Tempolimits sind vor allem deshalb erfolgreich, weil viele in der Politik meinen, dass eine Herabsetzung der erlaubten Höchstgeschwindigkeit einen Proteststurm auslösen würde und die Mehrheit der Bevölkerung gegen niedrigere Tempolimits wäre. Politik von heute tut vor allem, was sie glaubt, was die Mehrheit will. Ist die Mehrheit dagegen oder wird zumindest angenommen, die Mehrheit wäre dagegen, gilt die Maßnahme als unpopulär. Der Wille, für unpopuläre Maßnahmen einzutreten und so viel Überzeugungsarbeit zu leisten, dass die Mehrheit der Bevölkerung die neue Regelung mitträgt, ist in der heutigen Politik schwach ausgeprägt.

Woher nimmt die Politik aber den Glauben, Österreich wäre ein Volk der Tempobolzer? Woher nimmt sie den Glauben, dass der Bevölkerung das Recht zum Schnellfahren wichtiger wäre als das Retten von Menschenleben, das Vermeiden von Leid und lebenslanger Invalidität? Einen wesentlichen Beitrag zur Verbreitung dieses Glaubens leisten wohl jene, die vorgeben, die Interessen aller Autofahrer zu vertreten, aber die Gruppe von Autolenkerinnen und Autolenker, die niedrigere Tempolimits begrüßen, schlicht negieren. Ist uns eine Kampagne eines der beiden herkömmlichen Autover-eine bekannt, die eine Herabsetzung von Tempolimits gefordert hat? Wie oft haben die Autover-eine eine Verringerung von Tempolimits begrüßt? Während einem trotz langen Nachdenkens kein Beispiel dafür einfällt, fallen uns viele Meldungen ein, wo sich die angeblichen Vertreter der Autofahrerinteressen über niedrigere Tempolimits empörten.

Image des Autos im Wandel

Warum werden die Interessen der AutofahrerInnen, die gerne schnell fahren, sehr gut vertreten? Und warum fallen die Interessen der AutofahrerInnen, die für niedrigere Tempolimits sind, unter den Tisch? Manche meinen, es wären wirtschaftliche Interessen; hohe Geschwindigkeiten wären wichtig für das Image des Autos. Als Beleg für diese These wird Deutschland genannt. In Europas Autonation Nummer 1 gäbe es deshalb kein Tempolimit auf Autobahnen. Eines ist klar: Wenn tatsächlich wirtschaftliche Interessen ausschlaggebend für hohe Tempolimits sind, dann wird hier sehr ungeschickt agiert. Denn für das Image des Autos ist es nicht förderlich, wenn der Eindruck vermittelt wird, allen AutofahrerInnen, sei Schnellfahren wichtiger als die Verringerung von Tempolimits, um schwere Unfälle zu verhindern.

Das „Bleifuß-Image“ in Zeiten des Klimawandels zu verstärken, trägt mit dazu bei, dass die Beliebtheit des

Autos weiter abnimmt. Bei Jugendlichen ist das Auto kein Statussymbol mehr, viel wichtiger sind der jungen Generation Smartphones und andere Kommunikationstechnologien. In Deutschland wird registriert, dass die Zahl der Jugendlichen, die nicht sofort den Führerschein machen, steigt. Und auch das Mobilitätsverhalten wird vielfältiger. Immer mehr wählen das für den jeweiligen Zweck am besten geeignete Verkehrsmittel. Die Zahl der Autofahrerinnen und Autofahrer, denen Umweltschutz und Verkehrssicherheit sehr wichtig sind – wichtiger als hohe Tempolimits –, steigt. Das Mobilitätsverhalten wird vernünftiger. Doch diese Realität ist bei den Vertretern der Autofahrenden offenbar noch nicht angekommen. Und auch nicht in der Politik.

Interessensvertretung für Vorsichtige?

Damit diese Interessen auch von der Politik stärker vertreten werden, ist es wichtig, dass die Befürworterinnen und Befürworter niedriger Tempolimits ihre Meinung lauter und häufiger kundtun als bisher. Wer schweigt, stimmt zu. Das gilt auch in dieser Frage. Wer möchte, dass die Tempolimits in Österreich gesenkt werden, sollte das auch jenen mitteilen, die vorgeben, im Interesse DER Autofahrer zu sprechen. Die Meinungsvielfalt unter Autofahrerinnen und Autofahrern ist viel größer, als deren Vertretung uns glauben macht. Und wenn jene, die für niedrigere Tempolimits sind, ihre Meinung auch der zuständigen Politik mitteilen, dann steigen die Chancen, dass sich die Vernunft durchsetzt. Sogar bei Tempolimits.

Christian Gratzner

Sprecher des VCÖ

Der VCÖ ist eine unabhängige NGO, die sich seit dem Jahr 1988 für eine ökologisch verträgliche, sozial gerechte und effiziente Mobilität einsetzt. Mehr Informationen zum VCÖ unter www.vcoe.at

Roma-Inklusion – ein Projekt Europas?

Diskriminierung im Westen, Elend im Osten

Die Roma sind nicht nur die größte Minderheit in Europa; in einigen Ländern der Europäischen Union sind sie auch die am meisten bedrohte Minderheit. Zwei Drittel der geschätzten zehn bis zwölf Millionen Roma leben in der Slowakei, in Tschechien, Ungarn, Bulgarien und Rumänien. Durch die neuen Mitglieder ist der Roma-Bevölkerungsanteil innerhalb der EU enorm angestiegen. Und eine Mehrheit lebt in den zentral- und süd-/osteuropäischen Ländern unter extrem schlechten Bedingungen. Die Lebensverhältnisse vieler gleichen Dritte-Welt-Szenarien. Roma sind im Bildungs- und Gesundheitssektor und am Arbeitsmarkt ausgegrenzt. Das Leben in ghetto- und slumähnlichen Unterkünften beraubt sie jedweder Entwicklungs- und Teilhabechancen.

Vom Status gleichberechtigter EU-BürgerInnen sind Roma und Romnja in diesen Ländern meilenweit entfernt. Aber auch die alten EU-Länder eignen sich kaum als Vorbild, gibt es dort doch erst in den letzten 20 Jahren Bemühungen, und diese nur zugunsten der alteingesessenen Roma. Die westlichen Demokratien ignorierten lange, allzu lange jedwedes Minderheitenrecht und verhinderten durch eine Politik der fortgesetzten Diskriminierung und Ghettoisierung die gesellschaftliche Integration der Roma.

Allen Ländern gemeinsam – ob West oder Ost – war ein bestimmter Umgang mit der nationalsozialistischen und faschistischen Vergangenheit. Verfolgung und Ermordung der sogenannten „Zigeuner“ wurden in der Nachkriegszeit überall tabuisiert, die Ausrottung einer halben Million europäischer Roma geleugnet und verharmlost. Die Stigmatisierung und Kriminalisierung dieser Menschengruppe dauerte auch nach 1945 an. Negative Vorurteile lebten nahezu ungebrochen weiter.

Auch das Gegenmodell zum Westen – die staatssozialistische Zwangsintegration – war zum Scheitern verurteilt. Tatsächlich wurde nur ein

kleiner Bruchteil der beabsichtigten Assimilationsprogramme realisiert. Die Mehrheit der Roma lebte auch dort als Randgruppe – als „schwer integrierbare Problembevölkerung“. Dennoch kamen bestimmte Demokratisierungselemente der kommunistischen Gesellschaften vereinzelt auch Roma zugute: am Arbeitsmarkt oder im Bildungssystem. Einige konnten gute und höchste Bildungsabschlüsse erwerben. Und noch bevor in den westlichen Demokratien Eigenorganisationen Rechte für Roma forderten, entwickelte sich im Osten eine kleine intellektuelle Elite, die (gesellschafts)politisch aktiv war und Basisarbeit für transnationale Roma-Vereinigungen leistete.

Das Ende des Kommunismus bringt Verschlechterungen

Roma bekamen in der Umbruchphase alle Härten der Transformation zu spüren. Neben dem Verlust von Arbeitsplätzen und einer bescheidenen Existenzsicherung wurden sie zur Zielscheibe von Aggressionen. Tätliche Angriffe und Gewaltexzesse waren an der Tagesordnung. Romophobe Haltungen der Mehrheitsbevölkerung gerieten zum einigenden Band in den nach Demokratie strebenden Reformländern. Zigeuner-Feindschaft, Vorurteile und Ressentiments waren nahezu reflexiv abrufbar. Gegenüber den Roma wurden grundlegende zivilisatorische Werte außer Kraft gesetzt. Auch unter Beteiligung von Staatsgewalt kam es zu Pogromen: Roma-Siedlungen wurden niedergebrannt, Treibjagden auf wehrlose Menschen veranstaltet, Verbrechen und Morde an Roma selten geahndet und bestraft.

Die Reaktion vieler Roma darauf: die Flucht in den Westen. Und der Westen reagierte generell ablehnend, machte die Grenzen dicht. Härte und Angst diktierten die Politik – Angst vor der Armut der Fremden, Ängste vor möglichen sozialen Unruhen.

Hatten sich internationale Organisationen (KSZE, OSZE, Europarat) auch schon vor der EU-Osterweiterung mit dem „Roma-Problem“ befasst, stand

das Thema ab den 1990er Jahren ganz oben auf der EU-Agenda. Zahlreiche Projekte und Initiativen wurden gestartet und sind im Laufen (z. B. die Roma-Dekade 2005–2015, diverse Maßnahmen im Bildungs- und Wohnbereich).

Integration von Roma in Europa: ein steiniger Weg

Aber Erfolge sind bisher sehr begrenzt, mangelt es doch an Interesse und Ernsthaftigkeit, extreme Benachteiligungen dieser Bevölkerungsgruppe zu entschärfen. In einigen Ländern schlägt den AktivistInnen die von populistischen Parteien und Organisationen geschürte Zigeuner-Feindschaft offen entgegen. Gewaltsame Übergriffe auf Roma passieren auch weiterhin. Ungarn ist hierbei als Negativbeispiel zu nennen, kam es doch in den letzten zwei Jahren zu einer Anhäufung von Vorfällen mit tödlichem Ausgang.

Dennoch: Die EU zeigt sich engagiert, die Lage der Roma zu verbessern. Und: Vertrauen wir auf die Bemühungen von Viviane Reding, Vizepräsidentin der EU-Kommission (zuständig für Justiz und Grundrechte), dann stehen die Zeichen auf Veränderung. Nicht erst seit den Massenausweisungen rumänischer Roma aus Frankreich im Sommer 2010 muss jedes EU-Land Strategiepläne zur Roma-Inklusion entwickeln. Seit Frau Reding in dieser Funktion ist, weiß sie um die Gleichgültigkeit ihrer MinisterkollegInnen und arbeitet dem beharrlich entgegen, mit verschärfter Überprüfung der einzelnen Länder, mit der Forderung nach rascher Umsetzung und positiven Resultaten. Doch so lange es an Bereitschaft in einigen Staaten fehlt, langfristige und wirksame Integrationsmaßnahmen zu realisieren, und so lange es keine Einstellungsänderungen der Mehrheitsbevölkerung gibt, ist die Europäische Union als Werte- und Demokratieprojekt gescheitert.

Erika Thurner

Professorin am Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck

Korruption in Österreich

Alles korrupt, auch in Österreich?

Die wöchentlichen Nachrichten über neue Korruptionsfälle verstören nicht bloß wegen Ausmaß und Unverfrorenheit von Vorgängen, die oft nur durch Zufall, durch unbeabsichtigten Verstoß gegen das Gesetz des Schweigens sichtbar machen, was sich unter dem Teppich ansammelt. Sie werfen grundlegende Fragen nach systemimmanenten Widersprüchen und der begrenzten Wirksamkeit des Rechts zur Durchsetzung selbst gesetzter oder gar moralischer Ansprüche auf. Handelt es sich um bedauerliche Einzelfälle schwarz-grauer Schafe oder um unvermeidbare Mechanismen in einer Welt, in der Gewinnstreben und Wohlstand scheinbar zum Lebenssinn, zum unbestrittenen Paradigma der Wachstumsgesellschaft geworden und mit den Mitteln des Rechts nicht mehr beherrschbar sind?

Gier, Erfolg, Macht

Niemand kommt korrupt auf die Welt, jede/r allerdings auch mit den Eigenschaften, die zur Korruption führen, sie begünstigen können. Lässt man das negative Werturteil beiseite, reduziert sich Gier als Triebfeder für Korruption auf eine Überlebensstrategie im darwinistischen Anpassungsprozess. Wer besser vorsorgt, hat die größeren Chancen, früher zum nackten Überleben, heute auf ein fettes Bankkonto und die Villa am Meer.

Moralisierende Appelle des Strafrechts können daran nichts ändern, seine verhaltenssteuernde Wirksamkeit versagt. Sie scheitern an der Kombination aus unveränderbaren menschlichen Konstanten wie Gier, Erfolgs- und Machtstreben sowie der Logik eines gerade diese Eigenschaften fördernden Wirtschaftssystems, dem ein nachvollziehbarer Zusammenhang zwischen Arbeit und Einkommen/Vermögen zunehmend abhanden kommt.

Ein Prozent der ÖsterreicherInnen hält rund ein Drittel des gesamten Geldvermögens (von 420 Milliarden Euro), die obersten zehn Prozent mehr als die Hälfte.

Verbrechen ohne Opfer?

Zur Durchsetzung moralischer Ansprüche und ethischer Werte ist das Strafrecht kaum geeignet. Es ersetzt weder Erziehungsarbeit noch beeinflusst es gesellschaftliche Zielsetzungen oder inhärente Mechanismen eines Wirtschaftssystems. Im viel beschworenen Kampf gegen Korruption resultiert seine eingeschränkte Effizienz zudem aus einer Besonderheit des Phänomens, zusammen mit einer Stumpfheit des juristischen Werkzeuges: Korruption im Sinne einer Bestechung für Machtmissbrauch ist ein scheinbar opferloses Heimlichkeitsdelikt. Der Bestecher erhält, was er haben will, der Bestochene auch. Beide machen sich strafbar, sind voneinander abhängig, gegenseitig erpressbar und durch das Gesetz des Schweigens verbunden. Bei Raub, Diebstahl und Vergewaltigung erstattet das Opfer Anzeige, gesucht werden muss der Täter. In Korruptionsfällen gibt es keine Opfer, die sich an die Behörden wenden, hier stehen nicht einmal die Taten fest. Was unter Raub, Diebstahl und Vergewaltigung zu verstehen ist, lässt sich juristisch exakt definieren, der Grenzbereich zum Strafflosen ist schmal. Korruption dagegen ist kein Rechtsbegriff, beschreibt kein eigenständiges Delikt. Jeder versteht etwas anderes darunter, der Grenzbereich ist ungleich größer. Letztlich wird der Begriff zu einem generellen negativen Werturteil, zum Synonym für Unmoralisches und Abzulehnendes, das sich in dieser allgemeinen Form mit Strafbestimmungen nicht einfangen lässt. Einigkeit besteht in der Gesellschaft nur darüber, dass korrupt stets die anderen sind, während die eigene Grenzüberschreitung vor allem an der Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft gar nicht oder bloß als Eingeständnis einer schlechten Optik zählt.

Entwickelte Staaten haben entwickelte Formen von Korruption mit verschwiegenen Briefkastenfirmen, steuerschonenden Stiftungskonstruktionen und einem Heer an Beratern zur optimalen Nutzung dieser Möglich-

keiten. Wenn unter solchen Rahmenbedingungen Geldgier von Amtsträgern, Gewinnstreben von Wirtschaftssubjekten und der Finanzbedarf von Parteien zusammentreffen, entstehen Arten von Korruption, mit denen sich vergleichsweise simple Normen des Strafrechtes und eine auf Alltagskriminalität trainierte Justiz oft besonders schwertun.

Transparenz kontra Geheimhaltung

Bedeutet das ein grundlegendes Versagen der Mittel des Rechts im Kampf gegen Korruption, gegen die Kombination aus wirtschaftlicher Logik und Gier des Menschen? In allen Studien über Verbreitung und Wahrnehmung von Korruption in Europa fällt auf, dass nordische Staaten deutlich, geradezu entscheidend weniger mit dem Phänomen belastet sind. Die Ursache ist offensichtlich und setzt am Wesen von Korruption als heimlichem Geschehen an: bei der Transparenz. Was Transparenz fördert und Verschleiern hindert, trifft Korruption im Kern. Transparenz als Grundprinzip – insbesondere und auch – der staatlicher Verwaltung, das vom Bürger gut durchschau- und deshalb kontrollierbare Gemeinwesen erschwert korruptives Verhalten im Vorfeld, kann es wirksamer verhindern als im Nachhinein durchgeführte Untersuchungen und kann die Grenzen des Rechts leichter an jene der Moral heranführen. Gerade hier besteht in Österreich ein beträchtlicher Nachholbedarf, angefangen von undurchsichtigen Parteienfinanzierungen über diskrete Geschäfte von Lobbyisten bis zu verschwiegenen Details bei öffentlichen Auftragsvergaben. Gerade in Österreich ist der Schleier der Amtsverschwiegenheit besonders dicht und lang. Ihn aufzuheben könnte die Trockenlegung von Sümpfen und sauren Wiesen erheblich fördern.

Mag. Walter Geyer
Leiter der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption

Die Rechte in den USA

Mit dem Amtsantritt Barack Obamas als 44. Präsident der USA begann sich die Rechte neu zu formieren. Die Neokonservativen, deren Ideologie während der Regierung George W. Bush dominierte, waren abgewählt worden. Außenpolitisch waren sie vor allem mit missionarischen Abenteuerkriegen, insbesondere mit dem immer unpopulärer gewordenen Krieg im Irak, beschäftigt gewesen, und im Inneren hatten sie eine Politik der Panikmache verfolgt.

Nun aber entstand eine Opposition, die von Beginn an gegen die Regierung Obama gerichtet war und die zur Bildung der „Tea Party“ führte. Sie hat ursprünglich nichts mit der Wirtschaftskrise oder dem Konjunkturpaket Obamas zu tun. Solche Gruppierungen und Bewegungen haben in der jüngeren Geschichte der USA mit wenigen Ausnahmen immer dann einen Aufschwung erlebt, wenn ein demokratischer Präsident gewählt wurde.

Historische Vorläufer

Die „Liberty League“ bezeichnete Präsident Franklin Roosevelts Konjunkturprogramm des „New Deal“ in den dreißiger Jahren als „Klassenkampf“, genauso wie der republikanische Abgeordnete Paul Ryan das von Präsident Barack Obama im September 2011 nannte. Die wohl bekannteste rechtskonservative Organisation war die 1958 von Robert Welch gegründete „John Birch Society“. Sie hatte schon den republikanischen Präsidenten – das ist die Ausnahme – Dwight Eisenhower der „kommunistischen Verschwörung“ bezichtigt, florierte aber während der Präsidentschaft von John F. Kennedy. Sie beschuldigte Kennedy, den Kommunisten zu helfen, selbst als er 1962 in Kuba intervenierte („Schweinebuchtaffäre“), was sie als Vorwand bezeichnete. Das „Arkansas Project“ erhob in den neunziger Jahren verschiedenste letztlich unbewiesene Anschuldigungen gegen den demokratischen Präsidenten Bill Clinton, wie Grundstückspekulation („Whitewater Affair“), eine Sexaffäre mit einer loka-

len Angestellten und die Verwicklung in den Tod eines Mitarbeiters.

Rechte Aktivisten

Lange bevor die „Tea Party“ gegründet wurde und vor der Gesundheitsreformdebatte nannte im Jänner 2009 ein Abgeordneter von Georgia Obama einen „radikalen marxistischen Nationalsozialisten“. Zur selben Zeit entstanden die extrem konservativen Organisationen wie „Freedom Works“ und „Americans for Prosperity“, die von Radio-Talk-Show-Hosts wie Rush Limbaugh und James Dobson gesponsert, ja betrieben werden. Ihr Ziel ist es, die Obama-Administration in ein linksradikales und autoritäres Licht zu stellen. Die berüchtigtste Anti-Obama-Kampagne wird aber wohl von Glenn Beck in „Fox News“ geführt. Finanziert werden all diese Gruppen seit der Gründung der „John Birch Society“ von der Koch-Familie.

Der Präsident von „Freedom Works“ Matt Kibbe, gab den Auftrag, verschiedene historische Ideen zu studieren, darunter die des neoliberalen Ökonomen Friedrich Hayek, aber auch die der „Boston Tea Party“ von 1773. Historisch ist diese Analogie nicht gut geeignet, aktuelle Steuerreduktionen zu fordern, wie das die „Tea Party“ tut. Die Entladung von Schiffen durch als Indianer verkleidete Amerikaner hatte mehr mit dem Monopol der „East Indian Trade Company“ und dem Schmuggel von Waren zu tun als mit Zöllen, die für diese Ladung ohnehin durch den „Tea Act“ schon stark reduziert waren. Es war der Journalist von CNBC Business Rick Santelli, der den Begriff „Tea Party“ für die neuen Oppositionsgruppen im Februar 2009 veröffentlichte. Der Begriff wurde populär, weil er ein Anti-Establishment und ein fremdenfeindliches Element enthielt (obwohl die Engländer und Amerikaner zur Zeit der Revolution wohl identisch waren). Es ist kein Zufall, dass die sogenannten „births“, die glauben, dass Barack Obama nicht in Amerika geboren wurde, in der „Tea Party“ so weit verbreitet sind.

Wenn rechte Aktivisten eine „kleine Regierung“ fordern, dann meinen sie weniger Macht für die Obama-Regierung. Während der Reagan-Administration, die im Gegensatz zu der von Obama tatsächlich Steuern erhöht hatte, hatte man diese Forderungen nicht gehört. Bestärkt durch die Argumente von konservativen „Think Tanks“ wie der „Heritage Foundation“ spricht sich die „Tea Party“ gegen höhere Steuern auch der Reichsten aus, obwohl die obersten 0,01 Prozent der Einkommen seit den achtziger Jahren um etwa 500 Prozent gestiegen sind, während das Durchschnittseinkommen um nur etwas mehr als 20 Prozent gewachsen ist. Ein Prozent der Spitzenverdiener erreicht ein Viertel der Gesamteinkommen. Nicht zufällig ist der Hauptslogan der neuen Anti-Wall-Street-Protestbewegung „Wir sind die 99 Prozent!“ Der typische „Tea Party“-Anhänger ist weiß, männlich, verheiratet und über 45 Jahre alt. Gestützt auf rechtskonservative Autoren wie Ann Coulter glaubt er, dass Arme faul, Liberale böse und Immigranten und Moslems nicht- oder unamerikanisch und die African-Americans fremd seien.

Der Wettlauf nach rechts

Befürworter und Gegner der „Tea Party“ halten sich mit etwa jeweils einem Viertel der Bevölkerung die Waage. In der Republikanischen Partei genießt die „Tea Party“ 50 Prozent Unterstützung. Sieben von zehn Republikanern geben an, sehr konservativ, und nur drei, gemäßigt zu sein. Umgekehrt verstehen sich nahezu alle Anhänger der „Tea Party“ selbst als konservativ bis sehr konservativ. Keiner der elf republikanischen Präsidentschaftskandidaten würde einer minimalen Steuererhöhung zustimmen. Die Mehrheit der Amerikaner teilt aber viele Ziele der „Tea Party“ nicht. Mehr als 70 Prozent sind für eine Mischung von Einsparungen und Steuereinnahmen. Drei Viertel sind für Sozialversicherung und Altersversorgung, die ein Kandidat der „Tea Party“, der Gouverneur von

Fortsetzung Seite 6

Die Rechte in den USA

Fortsetzung von Seite 5

Texas, Rick Perry, als „monströse Lüge“ und „Pyramidenspiel“ bezeichnet. Dazu kommt, dass sich die Mehrheit der „Tea Party“ sowie 60 Prozent der registrierten Republikaner mit der „religiösen Rechten“ identifiziert, die eine Trennung von Staat und Kirche ablehnt und „Gott in der Regierung“ sehen möchte. Aber auch diese „religiöse Rechte“ bekommt immer weniger Zustimmung in der Bevölkerung. Durch den „Wettlauf nach rechts“ verliert die Republikanische Partei zunehmend das Zentrum der amerikanischen Bevölkerung. Im Präsidentschaftswahlkampf gegen Barack Obama wird es dann für diese neue Republikanische Partei immer schwerer, das Zentrum wieder zu gewinnen

Univ.Prof. Dr. Heinz Gärtner
USA-Experte am Österreichischen Institut für Internationale Politik und am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien



Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

F. Kellner: „Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne“. Tagebücher 1939 bis 1945. Band 1 und 2. Wallstein Verlag, Göttingen 2011, 1.128 Seiten. 59,90 Euro

Friedrich Kellner aus Laubach in Mittelhessen, Justizinspektor, verfasste während der Kriegsjahre ein Tagebuch mit zehn Heften. Er klebte darin Ausschnitte aus Tages- und Wochenzeitungen ein, die er mit seinen persönlichen Kommentaren versah. Dadurch entlarvte er das hohle Geschwätz der lokalen Nazibonzen, er deckte Widersprüche, Lügen, Halbwahrheiten, üble Gerüchte auf. Er berichtet bereits 1941 über Judenerschießungen in Po-

len, zu einem Zeitungsartikel, in dem 1942 über die Abschiebung von 65.000 Juden berichtet wurde, vermerkte er: „Wohin?“ Er wusste auch durch Aussagen von auf Heimaturlaub befindlichen Frontsoldaten über Massenmorde und sonstige Gräueltaten Bescheid. Das zeigt, wie weit verbreitet diese Informationen damals waren. Warum, fragt sich der Leser, hat er diese Tatsachen gewusst und seine Umgebung nicht?

Als SPD-Mitglied war Kellner naturgemäß unter der Nazi-Diktatur ein Außenseiter, der in die innere Emigration flüchtete und Tagebücher verfasste, was in der damaligen Zeit auch nicht gerade ungefährlich war. So entstand ein subjektives Bild vom Kriegsalltag, in dem er auch kleinere Schwächen von Parteigenossen aufzeigte und in dem er die Kriegsführung der deutschen Wehrmacht als ehemaliger Weltkriegsteilnehmer scharf kritisierte. Ebenso erwartete er sich von den Alliierten ein entschlosseneres Eingreifen. Aber immer wieder sind Appelle zur Wiederherstellung der Demokratie zu lesen. Der letzte Eintrag ist ein Zeitungsbericht vom 31. Mai 1945 über einen KZ-Überlebenden. Insgesamt eine für die Zeitgeschichtsforschung, aber auch für den interessierten Leser wichtige Quelle.

W. Hummer (Hrsg.): Die Finanzkrise aus internationaler und österreichischer Sicht. Vom Rettungspaket für Griechenland zum permanenten Rettungsschirm für den Euro-Raum. Studienverlag, Innsbruck 2011, 422 Seiten. 39,90 Euro

Inhalt dieses Sammelbandes sind Probleme, die uns seit Beginn des Platzens der Immobilienblase in den USA 2007 bis zum Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft im Herbst 2008 bis zur Lösung der Griechenlandkrise, der Schuldenkrise der Euro-Länder bis hin zur neuerlichen Bankenkrise begleiten. Er fasst die immer noch aktuellen Referate eines Symposiums zusammen, das an der Universität Innsbruck im Oktober 2009 stattfand. Die Finanzkrise wird aus theoretischer, praktischer und

vor allem auch interdisziplinärer (Juristen und Ökonomen) Sicht beleuchtet, folgende Schwerpunkte werden behandelt: Globalisierung und Finanzkrise – Entstehung auf internationaler Ebene, Österreich und die internationale Finanzkrise, Zulässigkeit nationaler Krisenbewältigungsmaßnahmen aus europarechtlicher Sicht – Beihilfenaufsicht durch die Europäische Kommission und vom Beginn der Finanzkrise bis zu ihrem vorläufigen Ende – der permanente „Europäische Stabilitätsmechanismus“. Die weiteren Kapitel werden gerade auf politischer, europäischer Ebene geschrieben. Eine gute Zusammenfassung der bisherigen Maßnahmen und des Diskussionsstandes.

T. B. Jelloun: Arabischer Frühling. Von der Wiedererlangung der arabischen Würde. Berlin Verlag, Berlin 2011, 128 Seiten. 10,- Euro

Im Frühjahr 2011 stand plötzlich die arabische Welt im Mittelpunkt des Weltinteresses. Große Teile des Volkes, vor allem viele Jugendliche, gingen auf die Straße und versammelten sich auf Plätzen, um für die Erlangung der bürgerlichen Freiheitsrechte zu demonstrieren. In einigen Fällen gelang der Umsturz relativ unblutig, teilweise auch durch Unterstützung des Militärs, in einigen Fällen aber auch blutig bzw. sind die Kämpfe noch nicht vorbei (Syrien). Dadurch wurden Regime gestürzt, die jahrzehntelang vom Westen nicht nur toleriert, sondern sogar unterstützt wurden. In seiner sehr ausdrucksstarken persönlichen Sprache macht der Autor klar, dass nicht der Islamismus oder ein sonstiger Extremismus hinter diesen Erhebungen steht, sondern der Kampf um die Würde und Freiheit dieser Menschen.

In einem zweiten Teil schildert er das Schicksal arabischer Jugendlicher anhand des jungen Tunesiers, der sich durch Selbstverbrennung im Dezember 2010 tötete, in Form einer Novelle. Ein berührendes, aber auch ein sehr informatives Buch über die gegenwärtigen Umbrüche in der arabischen Welt.

Öffentliche Budgets demokratisch erstellen

Genügt es, wenn die BürgerInnen alle fünf Jahre wählen – oder sollen sie auch mehr Mitsprache bei der Verteilung ihrer Steuermittel erhalten? Der Studientag „Demokratische Budgets“ am 14. Oktober 2011 im Wissensturm Linz ging dieser Frage nach.

Mag. Bernhard Leubolt berichtete von Porto Alegre (Brasilien), wo seit mehr als 20 Jahren die BürgerInnen direkt bei der Budgeterstellung für ihre Stadt mitreden: Sie reichen Wünsche ein, was mit dem freien Investitionskapital geschehen soll; die Regierung berechnet die Kosten und Folgekosten der gewünschten Projekte. Gewählte RepräsentantInnen aus den einzelnen Stadtteilen reihen die Forderungen, woraus dann direkt der Budgetentwurf entsteht, den wiederum das Stadtparlament beschließt. Die BürgerInnen legen weiters auch steuernd die Regeln des Prozesses für das Folgejahr fest und erhalten Rechenschaft über die verwendeten Gelder.

Erfolgsfaktoren eines Beteiligungsprozesses sind, dass die BürgerInnen wirkliche Entscheidungsbefugnis über die freien Mittel haben, dass das einzig wirksame Lobbying ein öffentliches ist, dass die öffentlichen Diskussionen die Solidarität vor Ort fördern und die Stadtregierung den – auch mühsamen – Prozess technisch unterstützt.

Leubolt rät ab, das Modell genau so zu übernehmen; denn BürgerInnenbeteiligung muss erst eingeübt und in Schritten erworben, lokale Gepflogenheiten (z. B. Vereinsförderungen) müssen berücksichtigt werden.

Uli Böker, Bürgermeisterin Ottenheim, meint: Wesentlich ist, dass in den Köpfen der BürgerInnen das Geld der Gemeinde (des Staates) zu IHREM Geld wird – sie somit mehr Interesse dafür bekommen, was damit geschieht. In der Praxis wird um kleine Beträge viel mehr diskutiert als um große Investitionen. **Dr. Johann Mayr, Finanzstadtrat Linz**: Eine Problematik der Kommunalen Budgets ist, dass Aufgabenzuordnung, Entscheidungskompetenz und Finanzmittel nicht auf einer Ebene angesiedelt sind; die

Verwaltung beherrscht durch ihre Vorschriften oft die lokale Politik, der nur wenig Gestaltungsspielräume bleiben.

Dr.ⁱⁿ Elisabeth Klatzer, Ökonomin: Öffentliche Budgets sollten transparenter, für alle lesbarer sein. (Große) Gemeinden beschneiden ihren Einfluss und Gestaltungsspielraum auch dadurch, dass sie Aufgaben (Wasserversorgung etc.) in eigene Gesellschaften ausgliedern. Budgets müssten auch geschlechtergerecht sein. Eine möglichst breit gestreute Beteiligung erreicht man etwa durch repräsentative Umfragen, Internet und Stadtteilkonferenzen. Das Ziel wäre, Prozesse zu demokratisieren, nicht Abstimmungen über einzelne Projekte.

Demokratische Budgets bedeuten für PolitikerInnen, Macht und Gestaltungsspielraum abzugeben. Auch in Porto Alegre war das Modell in den Jahren am stärksten ausgeprägt, als die Arbeiterpartei keine Mehrheit im Parlament innehatte und den Budgetentwurf direkt durch die Bevölkerung mitbestimmen ließ.

Aber gerade jetzt, wo die repräsentative Demokratie (in Österreich und anderswo) in einer großen Krise steckt, wären neue Formen der direkten Mitbestimmung möglich und dringender denn je.

Veranstalter: ACUS, Sozialreferat,

Wissensturm VHS Linz

Gefördert aus den Mitteln der ÖGPB.

Zum Nachhören:

www.medienwerkstatt-linz.at

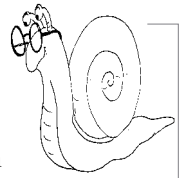
In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser, ein herzliches Dankeschön an all jene, die uns bereits nach der Juni-Ausgabe von INTERESSE mit der Einzahlung eines Druckkostenbeitrages unterstützt haben.

Sollten Sie erst jetzt die Möglichkeit haben, einen freiwilligen Druckkostenbeitrag in Höhe von **7 Euro** für das Jahr 2011 zu überweisen, danken wir Ihnen schon im Voraus sehr herzlich dafür.

Ein Zahlschein liegt dieser Ausgabe von INTERESSE bei.

Wir armen Reichen!



Maria Fekter und ich haben Sorgen. Feindbilder quellen derzeit wie Pickel auf Pubertierenden. Die europäische Klassengemeinschaft ist in Gefahr. Lassen Sie mich die mahnenden Worte Fekters zitieren, die ja quasi unser Klassenvorstand ist: „Außerdem bauen wir gerade enorme Feindbilder in Europa gegen die Banken, die Reichen und die Vermögenden auf. So etwas hatten wir schon einmal, verbrämt gegen die Juden, aber damals waren ähnliche Gruppierungen gemeint. Es hat das zweimal in einem Krieg geendet.“

Arg, nicht?! Ich habe Angst und fühle mich verfolgt. Sie können sich nicht vorstellen, wie ich angezischt werde, wenn ich meinen SUV vor dem Stammbeisl einzuparken versuche. Einen Pelzmantel wage ich gar nicht zu tragen! Bald kommt einer vom Pöbel daher und pickt mir ein gelbes Zetterl mit „Reiche Sau“ drauf. Dabei spende ich gerne, armen Freunden ein Bier zum Beispiel. Und die Trauben für meinen Champagner sind fair gehandelt.

Sie werden sich fragen, wann ich den Aufstieg in die gehobene Mittelklasse geschafft habe. Nun, ich bin durch das eifrige Verfassen von Kolumnen und die Rückgabe aller meiner Pfandflaschen zu leichtem Wohlstand gekommen. Also nicht direkt durch diese Tätigkeiten, sondern durch die Veranlagung in einem Hedgefonds, aber das ist eine andere Geschichte. Jedenfalls lasse ich jetzt mein Geld arbeiten und mache so einen Arbeitsplatz frei.

Wird mir das als Altruismus angerechnet? Nein! Stattdessen werden wir Leistungsträger diffamiert, dass einem schiach wird. Bitte, da macht auch die Bibel keine Ausnahme – Menschen mit einem Tier (die Sache mit dem Kamel im Nadelöhr) zu vergleichen, ist der Anfang von allem Übel. Da muss sich auch die Kirche fragen, ob sie nicht zum Aufbau von Feindbildern beiträgt!

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
se - interesse - interesse - interesse - int
se - interesse - interesse
e - int

TERMINE

Die Würde des Alters

Mi., 25. Jänner 2012, 19.30 Uhr, Pfarrheim Niederkappel, Veranstalter: Kath. Bildungswerk Niederkappel
Referent: DDr. Severin Renoldner

100. offener Sozialstammtisch Zahlen bitte – Zahlen auf den Tisch. Sozialstaat und Fairteilung „nach oder vor“ der Finanzkrise

Mo., 30. Jänner 2012, Cardijn Haus, 4020 Linz, Kapuzinerstraße 49
Referent: Dr. Markus Marterbauer, Wirtschaftsforscher, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien
Jubiläumsgäste: Diözesanbischof Dr. Ludwig Schwarz, Dr. Johann Kalliauer, Präsident der AK OÖ, das Gründungsteam des Sozialstammtisches
Infos: Sozialreferat der Diözese Linz, ☎ (0732) 76 10-32 51

Demokratie in der Krise

Vortrag im Haus der Frau Linz, Volksgartenstraße 18
Di., 7. Februar 2012, 9 bis 11 Uhr
Referent: DDr. Severin Renoldner, Sozialreferat der Diözese Linz
Kosten: 5 Euro
Infos/Anmeldung: ☎ (0732) 66 70 26, hdf@dioezese-linz.at

Grundkurs Politik

Fr., 17. Februar 2012, 17 Uhr bis Sa., 18. Februar 2012, 17 Uhr
ReferentInnen: Mag.a Susanne Loher, Linz, Bildungsreferentin Südwind OÖ; Dipl.Päd.in Renate Sova, Wien, NGO-Training & Organisationsberatung TwinSolutions, systemische Sozial- und Bildungsmangerin; Mag. Christian Felber, Wien, Mitbegründer von Attac Österreich, Lektor Wirtschaftsuniversität Wien
Kursbeitrag: 40 Euro
Infos/Anmeldung: Bildungshaus Schloss Puchberg, Wels
☎ (07242) 47 537 - 0
bildungshaus.puchberg@dioezese-linz.at

Frauen im Nationalsozialismus

Vortrag im Haus der Frau Linz, Volksgartenstraße 18
Di., 6. März 2012, 9 bis 11 Uhr
Referentin: Univ.Ass.in Dr.in Martina Gugglberger
Kosten: 5 Euro
Infos/Anmeldung: ☎ (0732) 66 70 26, hdf@dioezese-linz.at

11. März 2011 – ein Jahr danach!

Am 11. März 2011 bebte in Japan die Erde. Zu all dem Leid kam auch noch der Super-GAU in Fukushima. Ein Jahr danach ist es Zeit für eine Zwischenbilanz: Ist es zu einer Verhaltensänderung im Umgang mit Energie gekommen?
Do., 15. März 2012, 18 bis 20 Uhr
Referentinnen: Mathilde Halla, Konsulentin für Umweltfragen, ehem. Vorsitzende von Atomstopp Ö.

Mag.a Lucia Göbesberger, Sozialreferat der Diözese Linz
Kosten: 8 Euro
Infos/Anmeldung: ☎ (0732) 66 70 26, hdf@dioezese-linz.at

Gesellschaftspolitische Tagung

Sa., 17. bis So., 18. März 2012
Referent: Prof. Dr. Andreas Ernst, Direktor Center for Environmental Systems Research (CESR), Universität Kassel
Infos/Anmeldung: Sozialreferat der Diözese Linz, ☎ (0732) 76 10-32 51
sozialreferat@dioezese-linz.at

Können wir uns die Alten noch leisten?

Mi., 21. März 2012, 19 Uhr, Pfarrsaal Ebensee, Veranstalter: Kath. Bildungswerk Ebensee
Referent: DDr. Severin Renoldner



Autofasten ist ...

- der Versuch, die Zeit von **Aschermittwoch, 22. Februar bis Karsamstag, 8. April 2012** zur Überprüfung der eigenen Mobilität zu nutzen.
 - die Anregung, vorhandene Alternativen (Bahn, Bus, Fahrrad, Füße, Fahrgemeinschaften) neu zu entdecken und auszuprobieren.
 - einen Beitrag zur eigenen Fitness zu leisten und neue Sinneseindrücke zu gewinnen.
 - eine Möglichkeit, gemeinsam an einer lebenswerten Zukunft mitzugestalten.
 - eine Initiative der Umweltbeauftragten der katholischen und evangelischen Kirche Österreichs.
- www.autofasten.at**



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)
Herausgeber und Verleger: Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at
www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau
Erscheinungsort Linz, P.b. GZ 02Z031665 M

